

vermutlich schwierigen Lösung zu-
zuführen.

Die von allem Anfang an problematische Frage der geheim konsekrierten Bischöfe dürfte die Verhandlungsthemen noch erweitern. Sie sind alle, von Weihbischof *Hlad* abgesehen, noch jüngeren Alters. Können sie der Regierung als Bischofskandidaten zugemutet werden? Und wären sie die richtigen Männer, um die Geschicke der Kirche des Landes zu leiten? Es ist wohl ein Weg denkbar, der auch Bedacht nimmt auf innerkirchliche Belange personeller Natur.

Schließlich ist auch noch die Frage der Ordensniederlassungen zu lösen.

Politische Spannung in der EKD

Für Kenner der innerevangelischen Entwicklung während der letzten 20 Jahre war es keine Überraschung, als der lutherische Bischof von Hamburg, *Hans Otto Wölber*, Ende November 1968 in seinem Jahresbericht vor der Hamburger Synode anlässlich der neu aufkommenden politischen Theologie, insbesondere der Theologie der Revolution, u. a. erklärte: „Bei der Sprengkraft der gegenwärtigen Fragestellung ist ein evangelisches Schisma nicht mehr undenkbar“ (LWB-Pressedienst 20. 11. 68). Er spielte natürlich auch auf die unbewältigte Not mit den konservativen Evangelikalen an (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 562 f.).

Im Grunde genommen geht diese Befürchtung auf die Praktizierung eines „prophetischen Wächteramtes“ der „Bekennenden Kirche“ bzw. ihres soeben verstorbenen Kirchenvaters Karl Barth zurück, als es seit 1934 auf zahlreichen Bekenntnissynoden für nötig erachtet wurde, im Namen des Evangeliums politische Verantwortung gegen den aufkommenden totalen Staat des Nationalsozialismus zu übernehmen, und die Lutheraner unter Berufung auf die Lehre von den Zwei Reichen nicht mitmachten.

Mancher erinnert sich noch der heftigen Kämpfe auf den ersten Synoden der neu gebildeten EKD Anfang der fünfziger Jahre, als die politische Theologie z. B. in den Fragen Frieden, Atombewaffnung und Abrüstung hoch im Kurse stand. Schon damals erklärte einer der Gralshüter des Luthertums, *Peter Brunner*, daß die Differenzen in den gesellschafts-

Die Schwesternorden dürfen wohl jene Kandidatinnen wieder aufnehmen, die infolge der gewaltsamen Unterdrückung der Orden ihr Noviziat nicht beenden konnten. Neueintritte sind aber bei ihnen ebenso wenig möglich wie bei den Männerorden. Wohl hat die Regierung sich bereit erklärt, diese Fragen in Gesprächen mit den ehemaligen Ordensoberen direkt zu regeln. Es wäre jedoch durchaus möglich, daß auch der Vatikan sich in die Verhandlungen einschaltet. Dies um so mehr, da er seit 1918 sichtlich bemüht war, den tschechischen und slowakischen Katholiken entgegenzukommen.

politischen Fragen viel kirchentrennender seien als die konfessionelle Verschiedenheit zwischen Lutheranern und Reformierten, den Trägern einer dynamischen politischen Theologie. Die Gefahr einer räumlichen Spaltung der EKD durch die „Mauer“ von 1961 ließ diese Probleme vorübergehend in den Hintergrund treten. Seit der Genfer Konferenz „Kirche und Gesellschaft“ von 1966 und vor allem seit Uppsala 1968, da jede Landeskirche vor die Entscheidung gestellt ist, ob sie die vorgeschlagenen 5 Prozent ihrer Einnahmen der Entwicklungshilfe zuführen will, ist die Konfliktsituation außerordentlich konkretisiert und bricht auf jeder landeskirchlichen Synode neu auf, ebenso wie sie auf der letzten Regionalsynode-West der EKD erhebliche Unruhe verursacht hat (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 513 f., und die Würdigung dieser Synode in „Lutherische Monatshefte“ November 1968, S. 540 ff., bzw. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 600).

Intervention von Eugen Gerstenmaier

Aber seit der Tagung der Regionalsynode-West der EKD in der zweiten Oktoberwoche 1968 hat sich die Konfliktsituation verschärft, zumal da auch Prominente des sog. politischen Establishments in die Diskussion eingriffen, wie z. B. Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier durch seine Reformationspredigt „Politik in der Kirche?“ am 31. Oktober 1968 in der Berliner Gedächtniskirche (vgl. den vollen Wortlaut in:

„Lutherische Monatshefte“ Dezember 1968, S. 610—613). In dieser Proklamation bejahte er zwar politische Initiativen einzelner Christen zur Gesellschaftsreform, lehnte aber das Engagement der Kirchen als solcher strikte ab, um so mehr, als die fortschreitende Säkularisierung des öffentlichen Lebens den Kirchen kein Gehör mehr schenke, jedenfalls nicht mehr als anderen Gruppen und Institutionen. Eine politische Verantwortung der Kirche sei „nicht durch die Bibel gedeckt“, sonst verlasse man Martin Luther und lande bei Thomas Müntzer. Eine politische Mobilisierung der Kirche zur Gesellschaftsreform nannte er eine „Selbstverfremdung“. Das ist das Thema, das seitdem auf manchen Landessynoden abgehandelt wird. Der Mahnung zum gesellschaftspolitischen Engagement wird besonders von lutherischer Seite entgegengehalten, die Kirche habe nur den Auftrag, die Versöhnung in Jesus Christus zu verkündigen. Wird dieser Auftrag aber nicht unglaubwürdig, wenn er darauf verzichtet, unter Umständen an ein Establishment zu rühren, das in der sozialen Praxis die Versöhnung nicht achtet. Vor diesem Verdacht suchen sich die Landeskirchen zu bewahren.

So erhöhte z. B. die Landessynode von Hessen-Nassau ihre Etatsposition für Mission und Ökumene um 1,1 Millionen DM auf jetzt 6,8 Millionen DM, das sind 3,68 Prozent des Gesamthaushaltes. Die Landessynode der lutherischen Kirche von Hannover folgte ebenfalls der Mahnung von Uppsala und stellte zusätzliche Mittel für die ökumenische Diakonie (Entwicklungshilfe) im Betrag von 2,75 Millionen DM zur Verfügung, so daß im Etat jetzt für diesen Zweck 3,5 Millionen ausgewiesen sind, also 3,3 Prozent des Gesamthaushaltes (epd, 5. 12. 68).

Aber nur auf der hessischen Synode wurde die Frage durchdiskutiert: „Warum muß die heutige Kirche so reaktionär sein?“ und eine „politische Theologie“ gefordert, die im Verein mit anderen Humanwissenschaften „die versteckte Unterdrückung in der Gesellschaft“ aufdecken und ins Bewußtsein heben soll. Es wurde also bereitwillig das Thema der außersynodalen Opposition aufgenommen. Es wurde auch in langen Diskussionen anerkannt, daß die „jesuanischen Impulse“, wie die außersynodale Opposition erklärte, über die Erweckung einer bloßen

Frömmigkeit hinausgehen und soziale Gerechtigkeit implizieren. Bemerkenswert war, daß von allen Beteiligten anerkannt wurde, die Kirche könne nicht allein diese Bewußtseinsarbeit wirksam vollziehen, sondern sie müsse sich mit den empirischen Wissenschaften zusammenschließen, um durchzudringen (epd, 5. 12. 68). Doch das war in Hessen und nicht in Hannover oder in Hamburg.

Präses Beckmann gegen Dorothee Sölle

Das etwa ist der Hintergrund für die Kontroverse zwischen Präses *J. Beckmann* von der Evangelischen Kirche im Rheinland und dem sog. „ökumenischen Arbeitskreis“, der in Köln das umstrittene „politische Nachtgebet“ pflegt und von Kardinal *Frings* wegen des „Glaubensbekenntnisses“ von Frau *D. Sölle* abgelehnt wird, die dort eine führende Rolle spielt. Inzwischen hat sich auch Präses Beckmann in die Kontroverse eingeschaltet und sich auf die Seite des Kölner Kardinals geschlagen. Nach einem internen Gespräch mit den Veranstaltern des „politischen Nachtgebets“, das auf ein Engagement der Kirchen durch politische Information, Meditation und Aktion hinarbeitet, sei es für Biafrahilfe, Strafrechtsreform, richtige Bewertung des Sex usw. (vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 10. 12. 68), wurde

ein Kommuniqué veröffentlicht (epd, 10. 12. 68). Darin heißt es u. a., der Ökumenische Arbeitskreis (hinter dem auch eine Reihe katholischer Teilnehmer stehen) habe sich durch den Vergleich des politischen Nachtgebets mit dem Wirken der Deutschen Christen unter Hitler und den von Präses Beckmann erhobenen Vorwurf des „Götzendienstes“ wie der „Menschenverführung“ diffamiert gefühlt. Beckmann erklärte, daß und warum er den Arbeitskreis nicht mit den inhaltlichen Zielen der Deutschen Christen gleichsetzen wolle. Er habe nur die Ablehnung eines politischen Engagements der Kirchen als solcher verdeutlichen wollen. Die Ausdrücke „Götzendienst“ und „Verführung des Menschen“ charakterisierten nicht das „politische Nachtgebet“ als solches, „sondern bezeichnen gefährliche Tendenzen, die den Menschen an die Stelle Gottes setzen und ihm die Möglichkeit zusprechen, an der Veränderung der Welt auf das Reich Gottes hin zu wirken“. Es heißt ferner, daß in der Sachdiskussion die theologischen Gegensätze unverändert geblieben, da der Arbeitskreis daran festhält, „daß die Kirche auch als Institution eine gesellschaftskritische und darin politische Aufgabe wahrzunehmen habe“. Darum müsse das „politische Nachtgebet“ auch im Kirchenraum stattfinden, wo nach Dorothee Sölle „die Politisierung des Gewissens den Anfang der Bewegung zum Engagement“ darstellt.

Hierarchie. Das „Lehramt“ liegt bei den Rechtsgelehrten, bei jenen, die auf Grund ihrer Bildung fähig sind, zu entscheiden, wie die Lehre auf das Leben anzuwenden ist. Gerade die Rechtsgelehrten haben aber im Laufe der Jahrhunderte gelernt, unter Machthabern zu leben, deren Regierung oft nur bedingt muslimisch war und die auf keinen Fall die wirkliche muslimische Herrschaft repräsentierten. Nur dort, wo der sozialistische Staat auf organisierte Gruppen stößt, z. B. die Derwischorden oder die religiösen Bruderschaften, kommt es zu Auseinandersetzungen und in der Regel zu gewaltsamen Unterdrückungen der unliebsamen Gegner. (Solche Konflikte wiederum hat es schon immer und nicht nur in neuerer Zeit gegeben.)

Anpassung an die politischen Verhältnisse

Gibt sich der Staat nun nach innen muslimisch und sozialistisch, so muß er doch darum bemüht sein, die Akkommodation zu erleichtern. Der beste Ansatzpunkt ist hier zweifellos die Schule und der Religionsunterricht. Mit wieviel Vorsicht und Geschick die Machthaber hier vorgehen, zeigt eine Untersuchung, die *M. Allard* an den Schulbüchern für den Religionsunterricht in den 6 Klassen der Oberschule in Ägypten durchgeführt hat (veröffentlicht in *Travaux et Jours* Nr. 28, Beirut 1968). In diesen vom Regime gebilligten und geförderten Schulbüchern zeigt sich bereits der Wandel in der Darstellung des Islams.

Generell kann festgestellt werden, daß die theologischen Grundlagen sehr stark vernachlässigt werden. Der Wert des Korans besteht z. B. nicht so sehr darin, daß er unerschaffenes Gotteswort ist, eine Lehre, die als solche nicht angetastet, aber eben kaum noch dargestellt wird, sondern darin, daß er die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit der Menschen und ein soziales Verhalten gebietet. Auch in der Darstellung der Gebote wird dem religiösen Inhalt sehr viel weniger Raum gegeben als der sozialen Bedeutung. Noch tiefgreifender ist vielleicht der Wandel in der Darstellung des Propheten: Seine Bedeutung als Mittler der Offenbarung wird kaum erwähnt, die Verehrung des Propheten als Heiligen wird zur Bedeutungslosigkeit reduziert. Zwar wird die paradigmatische Bedeutung seines Lebens nicht angetastet, nur

Islamischer Religionsunterricht in Ägypten

Man kann mit einiger Berechtigung davon ausgehen, daß bis heute der bei weitem größte Teil der Bevölkerung in den arabischen Staaten muslimisch-religiös ist. Dies kann mit Sicherheit für die Landbevölkerung angenommen werden, aber auch die Bevölkerung der Städte ist heute nur so weit agnostisch oder auch nur laizistisch eingestellt, wie sie dem Einfluß west- oder osteuropäischer Zivilisation und Bildung ausgesetzt war. Wenn es bisher zu keinem Konflikt zwischen den „sozialistischen“ Regimen und den muslimischen Massen kam, dann liegt dies vor allem daran, daß der „arabische Sozialismus“, wie ihn etwa Nasser propagiert und praktiziert, kaum weltanschaulich begründet ist (vgl. Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 265) und daß die Machthaber es bisher

sehr vorsichtig vermieden haben, die religiösen Institutionen anzugreifen. Vielmehr wird immer wieder der Versuch gemacht, die innere Übereinstimmung zwischen dem Sozialismus der Araber und dem Islam hervorzuheben. Selbst Versuche der Laizisierung des öffentlichen Lebens, wie sie in der Türkei radikal durchgeführt wurden, werden nur vorsichtig vorangetrieben. Die Bündnisse mit der Sowjetunion werden als politisch und militärisch notwendig erklärt, die Tatsache, daß es ein Bündnis mit einer religionsfeindlichen Macht ist, wird unerwähnt gelassen, obgleich der Umstand niemandem unbekannt ist.

Daß es bisher zu keinen schwereren Konflikten kam, liegt schließlich noch an der Struktur der religiösen Institutionen: Es gibt keine kirchliche